



Schader Stiftung

---

**Schader-Preis 2001**

**Friedhelm Neidhardt:**

**Laudatio auf Professor Dr. Peter Graf**

**Kielmansegg, Schader-Preisträger 2001**

**8. November 2001, Orangerie Darmstadt**

---

Laudatio von Prof. Dr. Friedhelm Neidhardt auf den Schader-Preisträger von 2001,  
Prof. Dr. Peter Graf Kielmansegg

**Laudatio für Peter Graf Kielmansegg  
gehalten anlässlich der Verleihung des Schader-Preises**

von Prof. Dr. Friedhelm Neidhardt,  
Kuratorium der Schader-Stiftung

Darmstadt  
8. November 2001

Meine Damen und Herren,  
Verehrte Gäste,  
Liebes Ehepaar Schader,

(I)

Wir ehren heute Peter Graf Kielmansegg - geboren 1937 in Hannover - seit 1957 für ein paar Jahre Student der Rechtswissenschaften und Geschichte in Bonn, Kiel und Tübingen - 1964 promoviert - 1971, also vor dreißig Jahren, hier in Darmstadt als Mitarbeiter von Eugen Kogon habilitiert - noch im gleichen Jahr Berufung auf eine Kölner Professur für Politikwissenschaft - seit 1985 Professor an der Universität Mannheim.

Weshalb ehren wir ihn? Wofür bekommt er einen Preis? Warum ist es der Schader-Preis?

"Die Schader-Stiftung" - so heißt es in ihrer Satzung - "hat es sich zum Ziel gesetzt, durch die Förderung der Kommunikation und Kooperation zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis einen Beitrag zur Weiterentwicklung des Gemeinwesens zu leisten." Und sie vergibt u.a. alljährlich den Schader-Preis an Gesellschaftswissenschaftler, die sich nicht nur - so weiterhin die Satzung - "aufgrund ihrer wegweisenden wissenschaftlichen Arbeit", sondern darüber hinaus auch "durch ihr vorbildliches Engagement im Dialog mit der Praxis einen Beitrag zur Lösung von gesellschaftlichen Problemen geleistet haben."

Weshalb erscheint die wissenschaftliche Arbeit von Graf Kielmansegg als "wegweisend"? Für welche Praxis hat er sich "vorbildlich" engagiert? Um die Lösung welcher "gesellschaftlichen Probleme" ging es dabei?

(II)

Zum Praxisbereich der Politikwissenschaft gehören die Handlungsfelder all jener, die mit- und gegeneinander für bestimmte Zwecke Politik betreiben - Minister für Belange der Inneren Sicherheit, Parteien im Ringen um wirksame Konjunkturmaßnahmen,

Gewerkschafter bemüht Sicherung von Arbeitsplätzen, Bürgermeister in Sorge um den innerstädtischen Verkehr, um die Finanzierung einer benötigten Brücke, um die Ansiedlung von Gewerbe - und so weiter, und so weiter. Nicht wenige Politikwissenschaftler sind in derlei Angelegenheiten, auf unteren oder auch höheren Politikebenen und im Dienste von Entscheidungsträgern unterschiedlichster Couleur, engagiert. Und wenn sie dabei das Wissen und die Fertigkeiten ihrer Disziplin kundig und seriös auf praktische Fragestellungen beziehen und sich als Experten bei der Lösung gesellschaftlicher Probleme, derer sich die Politik angenommen hat, dann auch Verdienste erwerben, dann können wir uns freuen; ihnen gehört unser Respekt. Denn die Wissenschaft ist nicht nur dazu da, sich selber zu befriedigen - je mehr sie kostet, umso weniger.

Was nun unseren Preisträger betrifft, so läßt sich wohl entdecken, daß er sich in handfeste Versuche, gesellschaftliche Probleme im Umkreis politischer Entscheidungsträger zu bearbeiten, kundig und seriös eingebracht hat. Ich übersehe das nicht vollständig; aber es wird so sein, daß Andere in dieser Hinsicht auffälliger sind. Immerhin, selber in den achtziger Jahren mit ihm im deutschen Wissenschaftsrat und dann auch sein Nachfolger als Vorsitzender der Wissenschaftlichen Kommission des Wissenschaftsrats, kann ich zumindest bezeugen, daß Peter Graf Kielmansegg, wenn es um praktische Angelegenheiten der Wissenschaft im allgemeinen und der Universitäten im besonderen ging, sich nicht nur bei seinen Kollegen, sondern auch bei den Ministerialbeamten, Staatssekretären und Ministern, die das Politikfeld von Forschung und Lehre bestellen, eine außerordentliche Reputation erworben hat. Man schätzte die Schärfe seiner Analyse, die Unbestechlichkeit seines Urteils und die Vernünftigkeit seiner Folgerungen und Vorschläge. Er erschien uns allen als ein Muster dessen, was man einen "klaren Kopf" nennt.

Es war aber nicht die Chronik solcher Einsätze an den Frontabschnitten konkreter Politik, die das Kuratorium der Schader-Stiftung veranlaßt hat, den Schader-Preis 2001 an Graf Kielmansegg zu geben. Man muß den Praxisbegriff über seinen technischen Sinn hinaus verallgemeinern und gewissermaßen vergesellschaften, um zu verstehen, was wir an dem diesjährigen Preisträger ehren wollen. Den Praxisbegriff verallgemeinern und vergesellschaften - was soll das heißen?

### (III)

Politik bedarf in Demokratien der Anerkennung ihres Souveräns, also ihrer Bürger. Dieser Satz drückt nach der vollzogenen Demokratisierung moderner Gesellschaften nicht nur ein hochgeschätztes Postulat aus; er beschreibt einen faßbaren Sachverhalt, der sich empirisch ausdrückt - und zwar ausdrückt auch jenseits periodischer Wahlen in unterschiedlichen Formen der Einmischung "von unten". Dabei erweist sich, daß der Demos der Demokratien eine recht unheimliche Größe ist, die man nicht dadurch los wird, daß man sie nicht beachtet. Das Volk ist ständig wahrnehmbar mit der Demoskopie und ihren Umfragen, und es wird zunehmend impertinent in sozialen Bewegungen und Bürgerinitiativen mannigfaltiger Ausprägung; die Medien sorgen für die Wirkung der einen wie der anderen. Die praktischen

Politiken von innerer Sicherheit und allgemeiner Wirtschaftsförderung bis hin zur Planung von innerstädtischer Verkehrsberuhigung und außerstädtischen Siedlungsanlagen müssen mit einer mal mehr, mal weniger aufdringlichen Resonanz von Bürgern rechnen. Praxis in jeder Angelegenheit von öffentlichem Rang tendiert in modernen Demokratien dazu, neben allem sonstigen auch soziale Praxis zu sein, in die sich - oft unvorhersehbar, fast immer schlecht kalkulierbar - Betroffene und auch Unbetroffene einmischen. Geht es zum Beispiel um Brückenbau, so ist die sehr praktische Frage nicht nur, ob die Schrauben alle richtig sitzen werden, sondern - in der Regel viel problematischer: ob die Leute, die es angeht, und auch solche, die es nicht angeht, die Brücke überhaupt und gerade hier und heute wollen. Öffentlichkeit ist das massenmedial gesteuerte Forum, in dem sich solche Einmischungen vorbereiten, vollziehen und bekannt machen, und im Begriff der öffentlichen Meinung bilden wir unsere Wahrnehmung gesellschaftlicher Dauerkommunikation über große und kleine Politik ab.

Die Frage entsteht: Wer kümmert sich um die Vernunft dieser Einmischung? Wer sorgt sich um die Zivilisierung der Diskurse, über die öffentliche Meinung sich in der Regel kontrovers entwickelt? Wessen Sache ist es, eine politische Kultur zu fördern, die dem öffentlichen Engagement der Bürger auch im Banne hitziger Konflikte solche Maßstäbe und Formen erhält, die dem Gemeinwesen gut tun?

Auf die politischen Akteure selber ist in dieser Hinsicht nicht unbedingt Verlaß. Im Verstärkerkreis der Massenmedien vollzieht sich der politische Parteienstreit auf einem Geräuschpegel, in dem die besonnenen Stimmen und die differenzierenden, deshalb oft unauffälligeren Formen kompromißhafter Verständigung unterzugehen drohen. Es ist nicht leicht, im öffentlichen Palaver jene Diskursqualitäten wahrzunehmen, die dem ernsthaften Raisonement über Politik zu wünschen sind. Wir alle müssen uns deshalb fragen, ob wir selber im Namen der Wissenschaften, die wir betreiben, genug tun, um die öffentliche Meinungsbildung sowohl auf die tatsächlich drängenden Fragen unseres Gemeinwesens zu beziehen als auch dem Versuch, auf diese Fragen Antworten zu geben, mit den Mitteln unserer Wissenschaften gute Gründe und legitimierbare Zielsetzungen zu vermitteln. Grundsätzlicher noch: Wir müssen uns fragen, ob wir unsere Wissenschaften in einem Zustand halten, in dem sie für den Diskurs öffentlicher Angelegenheiten gute Gründe zu erzeugen vermag und sich über legitimierbare Zielsetzungen des Gemeinwesens überhaupt Gedanken macht.

Graf Kielmansegg befragt in einer Würdigung von Wilhelm Hennis mit dieser Frage sein eigenes Fach. Er fragt, "wie präsent" die Politikwissenschaft überhaupt "in den politischen Diskursen des Landes" sei und was sie denn dazu beitrage, "die Öffentlichkeit in politischen Dingen urteilsfähiger zu machen". Seine Antwort: "Politikwissenschaft in Deutschland - das ist, alles in allem, eine Veranstaltung um ihrer selbst willen; ein Fach, das ängstlich und angestrengt darum bemüht ist, sich selbst von seiner Wissenschaftlichkeit zu überzeugen... die Zunft produziert für die Zunft - viel mehr ist leider nicht zu vermelden." Umso mehr respektiert er den Draufgänger Wilhelm Hennis, auch wenn er durchaus sieht, daß dieser für die advokatische Verve, mit der er immer wieder öffentlich wird, "den Preis der Einseitigkeit und Überspitzung" zahlt. Gleichwohl rühmt er dessen "teilnehmende Sorge", wenn es um

Belange des "Gemeinwohls" gehe. Politikwissenschaft stände in der Pflicht, genau das zu tun, was Hennis praktiziere, nämlich sich einzumischen und dann auch "Gerades gerade und Krummes krumm zu nennen".

(IV)

"Gerades gerade und Krummes krumm zu nennen" - das ist außerhalb der Geometrie kein einfach Ding. Woher nimmt eine Politikwissenschaft gleichermaßen Kompetenz wie Courage zu dieser Unbefangenheit zu Urteilen dieser Art, wenn es um Politik geht? Mit seiner Antwort darauf steht Graf Kielmansegg nicht im Mainstream seines Faches, isoliert sich von diesem aber auch nicht als Advokat seines geraden Gegenteils. Er wird für eine selbstbewußte Politikwissenschaft "wegweisend" dadurch, daß er diese auf die Reflexionskraft der politischen Philosophie verpflichtet, ohne dabei ihren Auftrag aufzugeben, sich mit empirischer Forschung ständig der Wirklichkeit zu vergewissern, die sie erkennen und deuten will. "Politikwissenschaft und politische Philosophie", heißt es bei ihm, "sind nicht dasselbe, aber sie gehören zusammen." "... beides steht auf dem Prüfstand, die Plausibilität von Werturteilen und die Richtigkeit von Annahmen über die Wirklichkeit." Graf Kielmansegg plädiert in einem Lehrtext für Studenten für eine Politikwissenschaft, die "als Erfahrungswissenschaft betrieben wird, ohne sich deshalb in ängstlicher Selbstbescheidung streng aufs bloße Beschreiben und Erklären zu beschränken". Er meint sicher auch sich selber, wenn er schreibt: "... es gibt Politikwissenschaftler, die an der Überzeugung festhalten, daß die zentralen Fragen, die dem Nachdenken über Politik aufgegeben sind, heute wie eh und je normativer Natur sind und daß alle empirische Forschung ihre Bedeutung nur von diesen Fragen her erhält." Allein auf diese Weise lasse sich Politikwissenschaft als "praktische, handlungsanleitende Wissenschaft" begründen.

Natürlich ist hier nicht gemeint, die politische Philosophie sei mit ihrer normativen Kompetenz der Politikwissenschaft deshalb anzuempfehlen, um der politischen Praxis sagen zu können, wo es lang geht. Die praktische Bedeutung der politischen Philosophie macht sich in der Erinnerung daran geltend, daß Politik im allgemeinen und demokratische Politik im besonderen mehr ist als bloße Geschäftigkeit im Management obwaltender Interessen. Selbst wenn es um bloße Interessen ginge, bedürfte deren konflikthafte Vermittlung aneinander bestimmter Maßstäbe, deren Begründung außerhalb ihrer selbst gesucht werden müßte. Graf Kielmansegg scheut sich an dieser Stelle weniger als die meisten von uns, die als "alteuropäisch" abgelegte Idee des Gemeinwohls ins Spiel zu bringen und dieser Idee mit Rekurs auf bestimmte Werte eine inhaltliche Substanz zu geben. Es sind jene Werte, mit denen Demokratien sich eine freiheitliche Verfassung geben und über bestimmte Institutionen auch erhalten können.

Die praktische Bedeutung, die Politikwissenschaft durch den Rekurs auf diese Werte gewinnt, besteht also weniger in der kasuistischen Ableitung praktischer Lösungen als in der Annahmung elementarer Gesichtspunkte, die bei der Suche nach praktischen Lösungen jenseits der Kriterien bloßer Machbarkeit bedacht werden müssen. Auch eine philosophisch

animierte Politikwissenschaft weiß nicht, was in den Problemfällen der politischen Praxis Gemeinwohl ist. Aber sie wird das Nachdenken darüber reklamieren und diesem Nachdenken bestimmte Maßstäbe auf den Weg geben. Sie befördert mitten im Betrieb Reflexion. Und diese Reflexion scheut sich nicht, recht altmodisch - ich zitiere - auch die "Tugenden" der Bürger anzumahnen sowie die "Weisheit und den Anstand der Regierenden" einzuklagen. Nicht alles ist anachronistisch, was als altmodisch erscheint.

(V)

Was im Betrieb der Politik Reflexion heißen kann, hat Graf Kielmansegg über Jahrzehnte hin in einigen großen Essays demonstriert, die zuerst in bestimmten Zeitschriften und Zeitungen publiziert wurden - publiziert nicht nur für den Räsionierbedarf der Intellektuellen, z.B. im "Merkur", sondern mehr noch für ein großes Bürgerpublikum in der "Zeit" und vor allem in der "Frankfurter Allgemeinen". Er hat sich gemeldet, wenn es in Fragen, die er als große Fragen wahrnahm, kritisch wurde - kritisch wurde etwa bei den hitzigen Themen rund um den Terrorismus der siebziger Jahre, mit scharfen Anmerkungen zu den korrumpierenden Auswüchsen des Parteienstaates, mit glänzenden Analysen über die nur schwer überwindbaren Bedingungen des "Demokratiedefizits" der Europäischen Union, mit grundsätzlicher Skepsis zur diskutierten Einführung direktdemokratischer Elemente der Volksbefragung in eine hierzulande im wesentlichen bewährte Repräsentativverfassung, auch gegen das "Verschenken" von Staatsbürgerschaft bei allzu leichtem Zugang zur doppelten Staatsangehörigkeit.

Man muß unserem Autor nicht unbedingt zustimmen, um von seinen Argumenten zu profitieren. Es kommt weniger darauf an, seiner Meinung zu sein, als die eigene Meinung im Bedenken seiner Meinung zu fundieren. Genau diese Wirkung entsteht beim Lesen seiner Texte über die Maßen. Sie entsteht für den Leser nun auch bei der Lektüre des nachgerade monumentalen Werks, das Graf Kielmansegg im vergangenen Jahr veröffentlicht hat - ein Werk wieder nicht nur für die Zunftgenossen, sondern auch und gerade zur Unterrichtung und Bildung des großen Publikums der Staatsbürger geschrieben. Es geht dabei um "Eine Geschichte des geteilten Deutschland" - so heißt der Untertitel des 734 Seiten starken Buches -, erzählt und gedeutet von einem Politikwissenschaftler, der uns daran erinnert, daß diese Geschichte - so der Haupttitel - "Nach der Katastrophe" stattfand, an deren Ende die Rede von "finis Germaniae" nicht absonderlich erschien. "Konnte", so fragt dieses Buch, "konnte die deutsche Nation als ein sich selbst bejahendes Subjekt nach Auschwitz fortexistieren?" Unter welchen Bedingungen und mit welchen Ereignissen konnte eine Annäherung unserer rundum ruinierten Nation an "politische Modernität" gelingen, verstanden als "die Fähigkeit einer Gesellschaft, sich nach den Regeln der Demokratie und des Verfassungsstaates zu regieren"? Graf Kielmansegg beschreibt und analysiert das - so findet er: - "erstaunliche Gelingen von Demokratie" und Verfassungsstaat im Westen Deutschlands sowie - kürzer und pauschaler - "das Scheitern des konkurrierenden sozialistischen Experiments" im Osten.

Dabei gerät die grundsätzliche Zustimmung zur Demokratie der Bundesrepublik ebensowenig unkritisch, wie die Abrechnung mit dem Sozialismus der DDR borniert. Beides wird deutlich in der Behandlung einer ausgesprochen instruktiven Paradoxie, die sich mit dem Gegenüber zweier Fragen erschließt. Frage 1: "Warum - so Graf Kielmansegg - "hat ein nicht geringer Teil der westdeutschen Intellektuellen, warum haben zumal viele Literaten sich so außerordentlich schwer getan mit der Bundesrepublik?" Frage 2: "Wie ist es zu erklären, daß es für kritische Intellektuelle in der DDR anscheinend einfacher war, so etwas wie Zugehörigkeit zum eigenen Gemeinwesen zu empfinden, als für kritische Intellektuelle in der Bundesrepublik?"

Es ist hier und jetzt weder Ort noch Zeit, die Antworten zu referieren, die sich Graf Kielmansegg auf seine eigenen Fragen gibt. Diese Antworten geben aber viele Beispiele für seine Art, auf solche Fragen zu antworten - und dieser Stil verdient hier eine besondere Würdigung.

(VI)

Man darf davon ausgehen, daß unser Autor den Intellektuellen mit Skepsis begegnet, wenn es um deren politische Einlassungen geht. In der Würdigung von Wilhelm Hennis heißt es bei Graf Kielmansegg: "Das Wirklichkeitsbild des Intellektuellen und die Welt des Handelnden haben, zumal im Felde der Politik, immer weniger miteinander zu tun, weil die komplizierte gesellschaftliche Wirklichkeit der erfahrungslosen bloßen Reflexion immer unbegreiflicher wird." Diese Einschätzung führt bei ihm allerdings nicht dazu, Intellektuelle einfach links liegen zu lassen. Man findet neben unserem Preisträger nicht viele Politikwissenschaftler, die imstande wären, Wolfgang Koeppen, Alfred Andersch, Günter Eich, Heinrich Böll, Günter Grass und andere Kritiker der Bundesrepublik ebenso informiert ernst zu nehmen wie zum Beispiel Bertold Brecht, Anna Seghers und Christopf Hein mit ihren Loyalitätsbekundungen zur Deutschen Demokratischen Republik. Es sind, ich zitiere: "Stimmen, die auch im nachhinein nicht als belanglos abgetan werden können". Graf Kielmansegg ist einer, der seine Ohren nicht denen verschließt, die anderer Meinung sind als er. Ich bin sicher, daß es nicht hinreicht, seine Zuwendungsbereitschaft mit der Behauptung zu erklären, unser Kollege sei ein netter Mensch. Die Offenheit, der wir bei ihm begegnen, und ein Respekt vor dem Gegenargument, der auch in der Auseinandersetzung mit seinen Gegnern nicht verschwindet, hängen wohl weniger mit sozialer Attitüde als mit einer sachlichen Erkenntniserfahrung zusammen:

Die moderne Welt, in der wir uns bewegen, läßt sich nicht nach einem Muster von schwarz oder weiß sortieren. Und die Dialektik, mit der wir uns diese Welt vorstellen, ist nicht reduzierbar auf "Antinomien, d.h. (eine) Polarisierung zwischen kontradiktorischen Widersprüchen" - um George Gurvitch zu zitieren. Nicht immer, aber oft gilt, daß das Eine das Andere nicht ausschließt. Mehr noch: die Kunst der modernen Gesellschaft besteht darin, Widersprüchliches durch Institutionalisierung in produktive Spannung zu bringen und nicht zwanghaft zu verdrängen. In diesem Sinne spricht Georges Gurvitch von "einer Vielfältigkeit

der operativen dialektischen Verfahren", deren Formen wir nun regelmäßig im Argumentieren des Grafen Kielmansegg begegnen. Es geht darum, in scheinbaren Antinomien Komplementäres, Sich-Implizierendes, Ambiguitäten und auch das wahrzunehmen, was als "Reziprozität der Perspektiven" fruchtbar zu machen ist. Politik ist keine Veranstaltung zur Maximierung des Einen auf Kosten des Anderen, also kein Nullsummenspiel. Politik ist Suche nach Balancen, Kunst des Austarierens, Einrichtung von Verhältnismäßigkeit.

Um ein Beispiel zu bringen: In einem Essay unter dem assoziationsanfälligen Titel "Szenen einer Ehe", veröffentlicht im "Merkur", bestimmt Graf Kielmansegg das "Verhältnis von Demokratie und Marktwirtschaft" als das Verhältnis von zwei "konträren Positionen", die dennoch nicht kontradiktorisch seien: "Demokratie ... und Marktwirtschaft sind als Komponenten einer freiheitlichen Ordnung Komplementärordnungen, deren Verhältnis nicht angemessen als Über- oder Unterordnung beschrieben werden" könne. Zwischen ihnen existiere ein "dialektischer Zusammenhang". Es gehe um eine "Optimierung dieser Verbindung" und um Vermeidung von "Ungleichgewichten" - nicht um das Ausspielen des einen Prinzips gegen das andere Prinzip. Immer wieder begegnet dem Leser in den Arbeiten von Graf Kielmansegg dieser argumentativen Strategie, scheinbare Antinomien aufzulösen - zum Beispiel bei der Beschreibung des Verhältnisses von Staat und Interessenverbänden, bei der Analyse der Spannungen zwischen "Demokratieprinzip und Regierbarkeit", auch bei der Vermittlung von institutionellen Elementen "demokratischer und föderaler Repräsentation" im Regime der Europäischen Union. Immer wieder kommt es auf Balancierungen an. Und deren rechtes Maß steht in Abhängigkeit von Umständen, auf deren Dauer kein Verlaß ist. Alle Ordnung ist deshalb zerbrechlich. "Die Gegenwart" - um es mit Robert Musil zu sagen: "Die Gegenwart ist eine Hypothese, über die wir noch nicht hinausgekommen sind."

Wenn das auf sachlicher Ebene richtig ist, dann muß auf sozialer Ebene der Diskurs offen sein, und die Auseinandersetzung, auch die scharfe Auseinandersetzung, muß respektvoll bleiben. Keiner kann wissen, was auf Dauer richtig ist. Also verdient auch das Gegenargument sorgsame Erwägung, und das Für und Wider bedarf einer Abwägung mit Augenmaß. Oft lassen sich die Ergebnisse einer solchen Abwägung nur mit einem Konjunktiv formulieren, und manchmal besteht die beste Antwort in der Qualifizierung einer Frage.

Solche Valeurs eignen dem Argumentieren des Grafen Kielmansegg, einem ausgesprochen diskursiven Argumentieren. Als konsequent erscheint mir deshalb auch, an welchen Stellen bei diesem Autor die Offenheit aufhört und der Respekt vor dem Widerspruch in Frage gestellt wird, nämlich dort, wo Einer mit dem Stil seiner Kundgebung und den Inhalten seiner Positionierung den Diskurs verweigert. Dergleichen sieht Graf Kielmansegg zum Beispiel bei Günter Grass und dem Stichwort "Auschwitz" gegeben, mit dem unser Nobelpreisdichter seine Aversion gegen die deutsche Wiedervereinigung begründete. Der Rekurs auf "Auschwitz" zu diesem Zwecke sei die Einführung einer "Geschichtstheologie vom Sündenfall und der Erbsünde der Deutschen" in die politische Diskussion. "Rational" sei "das nicht mehr nachvollziehbar." Hier sei "ein Punkt erreicht" - so heißt es in vornehm bleibender Distanzierung -, "an dem das Gespräch stockt." Ähnlich wird das Ende des für den politischen Konflikt Erträglichen im Falle der deutschen Protestbewegungen der siebziger

und achtziger Jahre an der Stelle markiert, an der sich - ich zitiere: - "politische Urteile zu Glaubensüberzeugungen verfestigten, die kein Gespräch, keinen Kompromiß mehr zuließen". Man muß, so läßt sich das Ausschlußkriterium wohl formulieren: Man muß die Moralisierung des politischen Diskurses, die man nicht immer scheuen darf, dann, wenn sie fällig wird, vor Fundamentalisierung schützen.

(VII)

Wenn jemand Komplexitäten denkt und deshalb nicht unkompliziert sein kann, entsteht das Problem, ob er auch verstanden wird. Und dieses Problem wächst mit dem Anspruch, sich nicht nur den eigenen Zunftgenossen, den Kollegen, verständlich machen zu wollen. Wer in der Öffentlichkeit praktisch wirksam werden will, muß eine Sprache sprechen, die den fachlichen Jargon meidet, ohne mit wohlfeilen Leerformeln beliebig zu werden. Gute Sprache ist die schöne Kunst der Sozialwissenschaften, praktisch zu werden. Es war deshalb eine ganz außerordentliche Ehrung für einen Wissenschaftler, den "Sigmund-Freud-Preis für wissenschaftliche Prosa" verliehen zu bekommen. Graf Kielmansegg hat diesen Preis 1983 von der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung hier Darmstadt erhalten. Warum hat er ihn erhalten?

Die Rhetorik des Grafen Kielmansegg erscheint nicht in der Form, welche die Rhetoriker den "genus grande" nennen. Cicero, selber ein berühmter und berüchtigter Redner, spricht vom "genus grande" als der "hochtönenden" Rede, die sich mit mancherlei rhetorischem "Zierrat" schmücke, den Gedanken reich bebildere, dabei würzige Metaphern erfindend und auch keine Anekdote scheuend, die einem Gedanken auf die Sprünge helfen kann. All das wird man in der Prosa von Graf Kielmansegg vermissen. Er gehört - um noch einmal Cicero einzubringen - zu den "im Ausdruck schlichten und genauen Rednern, die nur allseitig informieren und alles nicht so sehr großartig als vielmehr einleuchtend darstellen". Weiter im Zitat: "Seine Sprache wird rein sein und echt lateinisch, der Ausdruck klar und deutlich, sein Ziel die Angemessenheit." Cicero setzt hinzu: "nichts schwieriger als das".

Schwierig ist ein solcher "genus subtile" nun ohne Zweifel auch für den Leser, dessen Kopf vom Infotainment quotenschlagender Medien verwöhnt wird. Jede Belebung des Gedankens trägt nicht unbedingt zu seinem eigenen Format, wohl aber zum Komfort seiner Rezeption bei; und wer mag diesen Komfort nicht? Damit bedient Graf Kielmansegg sein Publikum aber nur recht sparsam. Sein "Respekt vor dem Leser", so sagte er es in seiner Darmstädter "Dankrede" vor der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung, drückt sich darin aus, daß er ihn, den Leser, zum "Zeugen des Nachdenkens" macht, "durch das der Ungewißheit das eigene Urteil abgewonnen wird". Er verläßt sich dabei wohl auf jene Regel, die nach Schopenhauer "die erste, ja schon für sich beinahe ausreichende Regel des guten Stils" ist, nämlich "diese, DASS MAN ETWAS ZU SAGEN HABE."

(VIII)

Ich will zum Schluß kommen. Peter Graf Kielmansegg "hat etwas zu sagen" - und dieses "Etwas" ist so viel, daß es sich nicht mit rhetorischer Großartigkeit herausputzen muß, um aufzufallen. Auch der Schader-Stiftung ist Graf Kielmansegg aufgefallen, und sie verleiht ihren Preis im Jahre 2001 an ihn, weil er Maßstäbe besitzt, um wichtige Fragen unseres Gemeinwesens von unwichtigen zu unterscheiden - weil er sich zu wichtigen Fragen in große Debatten einmischt - und weil er dies mit einer Klarheit und mit einem "Proportionsgefühl" (Musil) tut, die wir der öffentlichen Meinungsbildung umso mehr wünschen müssen, je mehr diese droht, zum bloßen Palaver zu geraten. Wir ehren mit ihm jene bürgerliche Praxis seiner Wissenschaft, die sich mit der "teilnehmenden Sorge" um das Gemeinwohl begründet.